

Beschlussempfehlung

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Carsten Sieling, Nicolette Kressl, Joachim Poß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/527 –

Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen – Internationale Finanztransaktionssteuer einführen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Axel Troost, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/518 –

Finanztransaktionssteuer international vorantreiben und national einführen

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/471 –

Die Banken sollen für die Krise zahlen

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Lisa Paus, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/1422 –

Finanzumsatzsteuer auf EU-Ebene einführen

A. Problem

Als Ursache, warum die US-Subprimekrise vom Sommer 2007 solche Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte hatte und letztlich zur wohl größten internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 30er-Jahren geführt hat, wird mitunter überhitzte Spekulation und eine daraus folgende übermäßige Volatilität der Finanzmärkte genannt. Um den dadurch drohenden Zusammenbruch des deutschen Finanzmarkts abzuwenden, wurden mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom 17. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1982) und dem Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz vom 7. April 2009 (BGBl. I S. 725) Garantien und Beihilfen der öffentlichen Hand im hohen dreistelligen Milliardenbereich gewährt. Als dann der Zusammenbruch des Euro-Währungssystems drohte, wurde darüber hinaus mit dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010 (BGBl. I S. 537) sowie dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010 (BGBl. I S. 627) eine Risikoabschirmung mittels staatlicher Garantien der Euro-Staaten und des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 550 Mrd. Euro aufgebaut. Der deutsche Anteil beträgt bis zu 170 Mrd. Euro. Resultat ist ein enormer Anstieg der Staatsverschuldung sowie die Übernahme erheblicher Risiken durch die öffentliche Hand. Zudem wird mitunter das heute bereits wieder unveränderte Risikoverhalten der Finanzinstitute problematisiert.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Mit dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/527 wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, international für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen aufzutreten. Sofern international keine zeitnahe Einigung erzielt werden kann, soll sich für eine Finanztransaktionssteuer in der EU eingesetzt, alternativ eine nationale Börsenumsatzsteuer in Deutschland eingeführt und der Deutsche Bundestag regelmäßig über den internationalen Verhandlungsstand unterrichtet werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/527 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/518 wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, alles in ihrer Macht stehende für die internationale Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit breitest möglicher Bemessungsgrundlage und einem Steuersatz von mindestens 0,05 Prozent zu tun sowie den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit regelmäßig eingehend über den internationalen Verhandlungsstand zu unterrichten. Parallel soll dieselbe Steuer – zunächst mit einem Steuersatz von mindestens 0,01 Prozent – bereits ab Sommer 2010 in Deutschland erhoben werden. Erstmissionen sollen befreit sein. Die Einnahmen sollen zu gleichen Teilen national dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und international dem Umwelt- und Klimaschutz sowie der Entwicklungszusammenarbeit zukommen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/518 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD

Zu Buchstabe c

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/471 wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, ab dem 30. Juni 2010 für mindestens zehn Jahre eine Sonderabgabe in Höhe von 0,15 Prozent der Verbindlichkeiten von privaten Finanzinstituten, die direkt oder indirekt von Staatshilfen profitiert haben, zu erheben. Kleine Finanzinstitute sollen von der Abgabe ausgenommen werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/471 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe d

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1422 wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, sich für die Einführung einer Finanzumsatzsteuer einzusetzen, indem zunächst die Europäische Kommission aufgefordert wird, einen Vorschlag vorzulegen, dann ein Beschluss im Ministerrat einschließlich Zeitplan, Ausgestaltung und Verwendung herbeigeführt wird und schließlich auf internationaler Ebene die weltweite Einführung gefordert und ein globaler Umsetzungsplan vorgeschlagen wird.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1422 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Anträge legen keine detaillierten finanziellen Auswirkungen der Vorschläge auf die öffentlichen Haushalte in Deutschland dar.

E. Bürokratiekosten

Die Anträge formulieren keine Einführung, Vereinfachung oder Abschaffung von Informationspflichten für Unternehmen, Bürger oder die Verwaltung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/527 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/518 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 17/471 abzulehnen,
- d) den Antrag auf Drucksache 17/1422 abzulehnen.

Berlin, den 16. Juni 2010

Der Finanzausschuss

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender

Ralph Brinkhaus
Berichterstatter

Dr. Carsten Sieling
Berichterstatter